

Maoz, Zeev: Defending the Holy Land. A Critical Analysis of Israel's Security & Foreign Policy. The University of Michigan Press: Ann Arbor 2006. 714 pp.

Würde sich der Leser vornehmlich vom Obertitel dieser voluminösen Publikation leiten lassen, erlänge er schnell der Vorstellung, bei ihr handele es sich um eine amtlich inspirierte Begründungslektüre, warum Israel zur Verteidigung des Heiligen Landes aufgerufen sei. Doch weit gefehlt: Der zunächst an der Universität Tel Aviv und heute an der University of California in Davis lehrende Politologe unterzieht die Sicherheits- und Außenpolitik seines Geburtslandes einer grundlegend-kritischen Bestandsaufnahme. Dabei fällt zunächst auf, dass Zeev Maoz hermeneutisch der Vorgeschichte des Staates Israel einschließlich der Shoah in Europa keine spezifisch-gesonderte Aufmerksamkeit widmet, sondern sie implizit voraussetzt. So kann er sofort in den „grimmigen Bürgerkrieg“ seit der UN-Teilungsresolution vom November 1947 und in die Intervention der Militäreinheiten aus fünf arabischen Nachbarstaaten einsteigen. Unter Berufung auf Augenzeugen und auf Untersuchungen des in London lehrenden Historikers Avi Shlaim beliefen sich die Überlebenschancen des Staates im besten Fall auf fünfzig Prozent.

Sein Gefühl, so Maoz zur Begründung seiner Studie, habe ihm gesagt, dass seither zu viele ausdrückliche und verdeckte Grundlagen des israelischen Sicherheitsdogmas und – daraus abgeleitet und in ihren Diensten – der Außenpolitik zu religiösen Axiomen aufgestiegen seien, deren Voraussetzungen sich empathisch der empirischen Nachprüfung entziehen. Inzwischen ist dieser Trend empirisch belegt: Im Frühsommer 2007 machten religiöse Männer in den Offizierslehrgängen dreißig Prozent aus, und in den Eliteeinheiten ist ihre Zahl dramatisch auf teilweise über fünfzig Prozent gestiegen – mit der Einschätzung, dass die Armee für Aufgaben des geordneten Rückzugs aus palästinensischen Gebieten als Unsicherheitsfaktor gelten müsse¹.

Desto nachdrücklicher stellt sich für den Autor die Frage, warum nach der siegreichen Beendigung des ersten Krieges die israelische Sicherheitspolitik einer ununterbrochenen Kette von Versäumnissen und Fehleinschätzungen verhaftet gewesen sei, für die nicht nur die Politiker und die Regierung, welcher der Jerusalemer Politologe Zeev Sternhell

Feigheit gegenüber den „Land Israel“-Ideologen in der Siedlerszene vorgeworfen hat², sondern auch die Bürokratie, der Wissenschaftsbetrieb, die Archäologie sowie die Medien und damit die öffentliche Meinung die Verantwortung trügen – obwohl die Israelis im allgemeinen von Natur aus kritisch und zynisch seien. Maoz führt seine These auf die grundlegenden Maximen eines nationalen Konsens zurück, der von einer zum Angriff und zur Eskalation bereiten Doktrin der begrenzten oder massiven Kampagnen geprägt sei, ein „Sparta in moderner Zeit“, das sich einen langwierigen und kräftezehrenden Krieg nicht leisten könne.

Das Beharren Levi Eshkols auf dem Primat der Politik im November 1966 – also wenige Monate vor dem Sechstagekrieg –, als das Militär unter Generalstabschef Itzhak Rabin ein palästinensisches Dorf bei Hebron mit zahlreichen Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung angriff, nachdem eine Landmine tags zuvor das Leben dreier israelischer Soldaten gekostet hatte³, war wohl der letzte vergebliche Versuch eines Regierungschefs, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten. Im Vorfeld des Sechstagekrieges, hat Tom Segev ergänzend berichtet, habe die Armee verlangt, dass der Ministerpräsident dem militärisch offensiven Vorgehen gegen „Fatah“-Terroristen zustimme, statt auf die Taktik punktueller Vergeltung und der Verteidigung zu setzen⁴. Schon damals also wurden Befürchtungen laut, dass „die Armee die Regierung übernimmt“⁵. Israels Auslandsgeheimdienst, der „Mossad (Organisation)“, habe sich zum geheimen Außenministerium gewandelt⁶. Ein palästinensischer Jurist wagte einen Vergleich: Das „American Israel Political Affairs Committee (AIPAC)“ habe es geschafft, in alle Teile der US-Regierung, in die Medien, in den Wissenschaftsbereich und anderswo einzudringen⁷.

Dass im Ausland nach wie vor die dominante Rolle des Militärs, die bisweilen in den Führungsanspruch mündet, befürwortet wird, belegt Maoz am Beispiel von Anthony H. Cordesman, dem Chef des „Center for Strategic and International Studies“, wenn er diesen mit den Worten zitiert, Israel müsse quantitativ und qualitativ jeder feindlichen Kombination überlegen sein. Eine Untersuchung der Rolle des Militärische Aufklärungsdienstes ist allerdings zum Schluss gekommen, dass er mehrfach – so beim Ausbruch der zweiten „Intifada“ nach dem „Besuch“ Ariel Sharons auf dem Tempelberg (September 2000), bei der „Road Map“

(April 2003) und beim einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen (Sommer 2005) – falschen Einschätzungen erlag. Zurückgeführt wurden sie darauf, dass ihm Kenntnisse und Ressourcen fehlten, dass er an der mangelnden internen Koordination von Optionen gelitten und dass er deshalb mit zwei Stimmen gesprochen habe: Nach innen habe er sich der Schriftform bedient, während er sich gegenüber politisch Verantwortlichen auf eine in sich widersprüchliche verbale Kommunikation verlegt habe⁸.

Dass diese Grundsätze nicht grenzenlos gültig sind, zeigen freilich die Abnutzungsstrategien von „Hisbollah“ und „ Hamas“, auf die das israelische Militär keine Antwort weiß, obwohl es die Institutionen der Politik, der Wirtschaft und des sozialen Lebens durch personelle und ideologische Verflechtungen unterwandert hat und zur entscheidenden Kraft im Staat aufgestiegen ist: „Ein Netzwerk der ‚alten Jungs‘ aus ehemaligen Generälen“ – zu nennen ist hier die erste Garnitur aus Moshe Dayan, Yitzhak Rabin, Ariel Sharon, Ehud Barak, Shaul Mofaz sowie Dan Halutz und hinzu gekommen ist bei den Wahlen im Februar 2009 Moshe Yaalon für „Likud“ – „hat sich mit gemeinsamen politischen und militärischen Überzeugungen jenseits des Links-Rechts-Kontinuums in der israelischen Elite herausgebildet.“ Die von ihnen eingebrachte strategische Planungsautorität und ihr diszipliniertes Vorgehen würden keine Gegengewichte von Bedeutung auf den Fluren der Regierung vorfinden. Maoz nimmt das Verteidigungsministerium von diesem harschen Urteil nicht aus, und nicht von ungefähr ist der damalige Vorsitzende der Arbeitspartei Amir Peretz als Zivilist 2007 in diesem Amt gescheitert und wurde durch Barak ersetzt. In einem Briefwechsel zwischen Kurt Blumenfeld und Hannah Arendt Mitte der 1950er Jahre äußerte letztere, dass keine Demokratie überleben könne, wenn der militärische Kampf gegen eine feindliche Übermacht alle materiellen und geistigen Ressourcen binde⁹. Dass im Herbst 2009 eine rechtsförmige Untersuchung der Beschuldigungen verhindert wurde, die der Goldstone-Bericht der UN-Menschenrechtskommission auflistete, hat einmal mehr den langen Arm des Militärs bei politischen Entscheidungen belegt. Auf dem Hintergrund der Erstürmung der „Mavi Marmara“ am 31. Mai 2010 durch eine israelische Eliteeinheit der Marine hat ihr früherer Chef Ami Ayalon bedauert, dass frühere Untersuchungskommissionen den zu immer gleichen Ergebnissen gekommen seien: „Erstens hat Israel keine Politik,

und zweitens besitzt Israel keinen Mechanismus zur Schaffung von Politik¹⁰.“

„Andere Staaten haben Armeen, in Israel hat die Armee einen Staat“¹¹

Die Generalstäbe haben nach Maoz' Überzeugung 1948, 1956, 1967, 1973, 1982 und 2006 die Regierung unter massiven Handlungsdruck gesetzt und politische Bedenken vom Tisch gewischt¹². Ergänzend hat der frühere Außenminister Shlomo Ben-Ami berichtet, dass der dem Kabinett Ehud Baraks angehörende Amnon Lipkin-Shahak, selbst ein ehemaliger Generalstabschef, von seinen früheren Kollegen ignoriert wurde, als er der zweiten „Intifada“ mit einer Waffenruhe begegnen wollte¹³. Selbst Verteidigungsminister Ehud Barak soll während des Krieges im Gazastreifen von den Militärs überspielt worden sein, nachdem er das Ende noch im Dezember 2008 befürwortet haben soll. Wie die Route des „Trennungswalls“ um das palästinensische Dorf Bil'in in der Nähe der Siedlung Modiin Illit zeigt, hat das Militär auch den Rechtsspruch des Obersten Gerichts vom September 2007 glatt überspielt, nicht zum ersten Mal. Erst mit den Zusammenstößen zwischen Armee und Siedlern in Hebron ist der absolute Vorrang des Militärs innenpolitisch ins Wanken geraten – mit Ergebnissen, die gegenwärtig insgesamt nicht absehbar sind, jedoch eines schon heute erkennen lassen: Die Regierung erweist sich als machtlos, ihre Autorität durchzusetzen.

Solange das Entscheidungsmonopol der Militärs nicht gebrochen ist, so lässt sich folgern, wird sich Israel als nur begrenzt verteidigungsfähig erweisen. Entgegen dem eigenen Bekunden von der stets ausgestreckten Hand des Ausgleichs und der Versöhnung verfügt Israel nach der Überzeugung von Maoz über keine Friedensdiplomatie, zu der wenigstens geringfügige Konzessionen und die Einhaltung von Verträgen gehören würden. Die nukleare Abschreckung habe die Araber nicht von Angriffen abgehalten und stattdessen ihre Beteiligung am Rüstungswettlauf beschleunigt. Wenn die gegnerischen Parteien aus den Defiziten und Fehlern Israels keinen durchschlagenden Erfolg erzielt hätten, dann liege dies daran, dass sie noch inkompetenter, noch kurzsichtiger und böswilliger als die Israelis handelten. „Mit solchen Feinden können wir uns ein paar Fehler erlauben“, bemerkt Maoz ironisch. Im Gegensatz zu den

autoritären Herrschaftssystemen und der sozialen Unterentwicklung in der arabischen Welt sei es Israel gelungen, Mechanismen der politischen Demokratie und der sozialen Integration aufzubauen, auch wenn das Erziehungswesen mit der rasanten wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung nicht Schritt gehalten habe und sich die Frage stelle, ob und wie der Staat Spannungen und Kriege auf Dauer überstehen könne. Jedenfalls würden die zweifelsfrei positiven Faktoren Israel nicht seiner Verantwortung für die Überwindung der Schwächen bei der Gestaltung des Verhältnisses zu den Nachbarn entheben.

Für Maoz lebt die israelische Gesellschaft bislang jedoch in der Vorstellung, dass sie zwar von der Außenwelt waffentechnisch abhängig ist, sich aber bei der Sicherung ihrer Verteidigung und ihres Überlebens nicht einmal auf ihre Freunde verlassen könne¹⁴. Diese Überzeugung von der historischen Einsamkeit in der biblischen Formel vom „Volk, das allein wohnt“ (Num. 23,9) mache auch vor den USA nicht halt. Denn die Erfahrungen aus der Nazizeit – etwa das vollkommene Scheitern der Flüchtlingskonferenz von Evian im Juli 1938 –, die westliche Untätigkeit trotz der Nachrichten über den Holocaust und die kurze Geschichte Israels danach würden für das jüdische Kollektiv die Hypothese belegen, dass die internationale Gemeinschaft insgesamt eine Quelle der Unzuverlässigkeit darstelle, wenn politische und militärische Unterstützung geboten sei. Druck in Gestalt von Sanktionen und Boykottmaßnahmen lösen Trotz und Eigensinn aus. Statt bindender militärischer Allianzen lautet die Devise „Bewahrung der Handlungsfreiheit“. Aaron David Miller zitiert dazu in seinem Buch David Ben-Gurion mit der Warnung aus dem Jahr 1951 – deren Leitcharakter er freilich aufgrund des mittlerweile eingetretenen Reifungsprozesses wohl unterschätzt –, dass es zwischen einem kleinen und armen Volk im entfernten Nahen Osten und einer Weltmacht auf Dauer keine Interessenidentität geben könne¹⁵.

Da sich an diesem Selbstbild nicht nur nichts geändert hat, sondern es durch den Rekurs auf das Holocaust-Trauma eine Verstärkung fand, ist für Israel, so lässt sich ergänzen, das derzeitige „Memorandum of Understanding“ mit Washington ausreichend, notfalls ohne US-amerikanische Rückendeckung gegen Irans Nuklearpotential vorzugehen. Auch die in Europa diskutierte NATO-Mitgliedschaft ist für Israel keine Option, wenn sie damit auf die Einbindung in die Strukturen der westlichen

Verteidigungs- und Wertegemeinschaft setzt. Dass der an der Columbia University lehrende Rashid Khalidi vor einigen Jahren auf den Grundsatz der US-Gründungsväter hingewiesen hat, die Gefahr von Allianzen zu meiden, in denen man sich zu verfangen drohe¹⁶, deckt sich ohne weiteres mit israelischen Prinzipien. Gleiches dürfte für eine erweiterte Partnerschaft in der EU zutreffen: Außenministerin Tsipi Livni hat zwar diesen Wunsch in Brüssel vorgetragen, doch dürfte seine Realisierung in Israel selbst auf erhebliche Vorbehalte stoßen, wenn daraus Abhängigkeiten zu gewärtigen wären.

Vier Zukunftsszenarien

Maoz schließt seine Analyse mit der Präsentation von vier möglichen Zukunftsszenarien. Wenn wir das von ihm befürchtete Desaster einer umfassenden Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens außer acht lassen – aufgrund einer israelisch-iranischen Konfrontation, des Zusammenbruchs der Regimes in Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und Syrien sowie des Kollapses der „Pax Americana“ im Irak und Afghanistan mit allen daraus folgenden Konsequenzen für Europa und die USA –, konzentriert sich der Autor auf dringende Empfehlungen an die israelische Adresse, regional unter Einbindung politischer und wirtschaftlicher Institutionen vielgestaltige Programme der militärischen Abrüstung zu favorisieren und Friedensinitiativen ernst zu nehmen, statt die Logik der Eskalationsüberlegenheit und der risikoreichen Sicherheitspolitik zu verlängern. Was immer Israel tue, habe beträchtliche Auswirkungen auf die gesamte Region. Für einen begrenzten Frieden mit den Palästinensern gehöre zu den Voraussetzungen ein Wechsel in der politischen Führung in Jerusalem mit dem Ziel, zu den „Clinton-Parametern“ vom Dezember 2000 zurückzukehren.

Maoz' abschließender Aufruf, dass nur Kenntnisse – statt Emotionen und Vor-Urteile – die Grundlage für einen vernünftigen und strukturierten Wandel bilden, wendet sich an alle Konfliktparteien im Nahen und Mittleren Osten. Für den politischen Westen dürfte die größte Herausforderung darin bestehen, die jüdische Bevölkerung Israels von ihrer Psychologie des ewigen Opfers zu befreien. Dazu gehört allerdings viel mehr, als das Existenzrecht Israels zur Staatsräson zu erheben, sich besorgt über die

Siedlungspolitik zu äußern und den jüdischen Toten und Verwundeten palästinensischer Terrorakte das tiefe Mitgefühl auszusprechen und darüber die toten und verwundeten Palästinenser nach israelischen Angriffen fast zu vergessen. Solange die sogenannte internationale Staatengemeinschaft sich mit einem „politischen Horizont“ begnügt und darüber Fortschritte in Regelungen der zentralen Fragen „Jerusalem“, „Flüchtlinge“, „Grenzen“ und „gegenseitige Sicherheitsgarantien“ hinanstellt, so lange werden die Palästinenser nicht einmal jenen Maßnahmen vertrauen, die ihr tägliches Leben erleichtern (könnten). Was Frank-Walter Steinmeier zur Gestaltung der Beziehungen zu Russland angemerkt hat, gilt auch für den Nahen Osten: Die Rolle des abwartenden Beobachters reicht nicht aus. Es gibt genügend Spielräume für konstruktive Einflussnahmen, ohne sich dem Vorwurf des Diktats auszusetzen.

¹ Amos Harel: Has the IDF become an army of settlers?, in „Haaretz“ 09.05.2010.

² Zeev Sternhell: Colonial Zionism, in „Haaretz“ 17.10.2008.

³ Avi Shlaim: Lion of Zion. The Life of King Hussein in War and Peace. London 2007, S. 223-225.

⁴ Tom Segev: 1967. Israels zweite Geburt. Siedler (2007), S. 190.

⁵ Segev, a.a.O., S. 197. Segev zitierte Josef Lapid's Artikel in „Maariv“ vom 12.05.1967. Vermutlich handelt es sich bei dem Autor um „Tommy“ Lapid, der als Vorsitzender der Partei „Shinui“ („Wandel“) in der Regierungszeit Ariel Sharons Justizminister war und Anfang Juni 2008 verstarb (vgl. die Eintragung am 01.06.2008 in der Menüleiste „Chronologie“ in dieser Homepage).

⁶ Avi Shlaim: Lion of Zion, a.a.O., S. 200. Der Autor bezog sich auf eine geheime jordanisch-israelische Annäherung und berief sich auf den damaligen Chef des „Mossad“, Meir Amit, und dessen Satz, wenn die See stürmisch sei und Israel weiter darin schwimmen wolle, müsse es dies unterhalb der Wellen tun.

⁷ Ramzy Baroud: The lobby vs. American, in „The Jordan Times“ 31.03.2010, S. 9. Vom Autor stammt das persönliche Bekenntnisbuch „My Father Was a Freedom Fighter. Gaza's Untold Story“ (Pluto Press: London 2007).

⁸ Akiva Eldar: Double game, in „Haaretz“ 09.01.2009.

⁹ Ingeborn Nordmann: Zwischen Paria und Zionist. Die Freundschaft zwischen Hannah Arendt und Kurt Blumenfeld, in „Babylon“ 15/1995, S. 86 ff.

¹⁰ Rebecca Anna Stoil: ‚It should have never come to this‘ (Interview mit Ami Ayalon), in „The Jerusalem Post Magazine“ 02.07.2010, S. 16 ff.

¹¹ Bonmot von Dan Wischnitzer, mitgeteilt in einem persönlichen Brief an mich am 10.10.2009. Der Autor wurde in Gablonz (Sudetenland) geboren und war zwischen 1960 und 1992 hauptamtlicher Mitarbeiter von „Mapam“, davon die letzten zehn Jahre als Sekretär des „Israel Peace Committee“.

¹² Vgl. Tom Segev: 1967, a.a.O., S. 368 ff. + 466: Darin berichtet Segev, dass am Vorabend des 6-Tage-Krieges der noch immer im Hintergrund wirkende David Ben-Gurion nicht zum ersten Mal befürchtet habe, dass die Streitkräfte die Kontrolle über den Staat übernehmen könnten. Als während des Krieges die Eroberung der syrischen Golanhöhen im Kabinett diskutiert wurde, verwahrte sich Verteidigungsminister Moshe Dayan gegen die Einmischung der Politik mit den Worten, er sei nicht bereit, jede militärische Aktion zuerst von der Regierung genehmigen zu lassen. Vgl. das Interview „Zwischen [Amos] Oz und Yaalon“ von Nachum Barnea mit dem früheren Generalstabschef Moshe („Bogi“) Yaalon (Juli 2002 bis Juli 2005) in „Yediot Acharonot“ 22.11.2008, S. 2 ff., in dem Yaalon bekennt, ein aktiver Anhänger der Siedler zu sein.

¹³ Shlomo Ben-Ami: Eine Front ohne Nachhut. Eine Reise zu den Grenzen des Friedensprozesses. Tel Aviv 2004 (Hebr.)

¹⁴ Vgl. auch die Rezension des Buches von Dov Waxman „The Pursuit of Peace and the Crisis of Israeli Identity“ in dieser Menüleiste.

¹⁵ Aaron David Miller: The Much Too Promised Land. America's Elusive Search for Arab-Israelis Peace. New York 2008, S. 81. Vgl. dazu die Rezension des Buches in dieser Menüleiste.

¹⁶ Rashid Khalidi: Resurrecting Empire. Western Footprints and America's Perilous Path in the Middle East. Boston 2004, 2005: Beacon Press, S. 31.

Reiner Bernstein
August 2008 mit aktuellen Ergänzungen
